

Wirtschaftsvertreter haben sich für die Schaffung eines Regulierungsrahmens ausgesprochen, der die Stabilität und Vorausssehbarkeit staatlicher Wirtschaftspolitik erhöhen und Anreize für die Schaffung umweltfreundlicher Produktionsprozesse geben soll.²⁴ Die gerade für kleine Unternehmen bestehenden Unterstützungsangebote lohnen sich, strukturiert und ausgebaut zu werden.²⁵

Schwer ist zu beurteilen, ob Vorschläge aus Deutschland in Argentinien auf ein breiteres Interesse stoßen.

24 | La Nación, „Los empresarios reclamaron respeto por la actividad privada“, 05.08.2010.

25 | Siehe Instituto Nacional de Tecnología Industrial (INTI), „Incentivos y Beneficios Fiscales a la producción de Bienes Industriales“, http://www.inti.gob.ar/pdf/economia_industrial/incentivos_fiscales.pdf [05.09.2011].

Gewiss lässt sich aber sagen, dass der German Advisory Council on Global Change in Fachkreisen Beachtung gefunden hat und seine Ansätze dort wahrgenommen werden. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang, dass das deutsche Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) zurzeit 15 europäische Experten zur Verfügung stellt, die für befristete Zeit in öffentlichen Einrichtungen oder zivilen Organisationen Argentiniens ihr Wissen vermitteln und schwerpunktmäßig im Bereich des Klimaschutzes und der Erneuerbaren Energien unterstützend tätig sind. Für Deutschland, welches sowohl in der Klimapolitik als auch bei der Entwicklung moderner Umwelttechnologien eine motivierende Rolle wahrzunehmen versucht, eröffnet sich in Argentinien ein weites Arbeitsfeld für eine vertiefte politische und technologische Kooperation.

BOLIVIEN

Susanne Käss | Hannah Klemp

WELTKONFERENZ DER VÖLKER ÜBER DEN KLIMAWANDEL UND DIE RECHTE DER MUTTER ERDE

Vom 19. bis 20. April 2010 fand auf Initiative der bolivianischen Regierung die „Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde“ in Tiquipaya bei Cochabamba statt. Die Veranstaltung war eine Antwort auf den Klimagipfel der Vereinten Nationen in Kopenhagen im Dezember 2009, bei dem nach Meinung der bolivianischen Regierung die Zivilgesellschaft nicht einbezogen worden war. An der Veranstaltung in Tiquipaya nahmen ca. 35.000 Menschen aus aller Welt teil, darunter Vertreter von indigenen Völkern und sozialen Bewegungen, Diplomaten, Regierungsvertreter, Umweltaktivisten und Wissenschaftler.

Die Konferenz wurde von Präsident Evo Morales eröffnet. Er konnte dabei die beanspruchte Führungsrolle als Vorreiter der indigenen Völker bei den globalen Klimaverhandlungen jedoch nicht einnehmen. Vielmehr verlor er durch seinen undifferenzierten Diskurs stark an Glaubwürdigkeit. Auf zielorientierte und richtungweisende Vorschläge zur Bekämpfung der Erderwärmung verzichtete er zugunsten von Nord-Süd-Polarisierung und Kapitalismusschelte. Morales kritisierte die Vereinten Nationen scharf und machte sie für das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen

verantwortlich. Außerdem warnte er vor dem Kapitalismus, den er als Verursacher des Klimawandels ausmachte, mit den Worten: „Entweder stirbt der Kapitalismus oder die Mutter Erde.“ Zur Rettung des Planeten rief er zum kommunitären Sozialismus auf. Besonderes Aufsehen erregte Morales jedoch mit seinen Ausführungen darüber, dass der Konsum hormonbehandelter Hühner zum Verlust der Männlichkeit und somit zur Homosexualität führe und dass fast alle Europäer glatzköpfig seien, da sie sich ungesund und mit genmodifizierten Lebensmitteln ernährten.

Diesen Aussagen schenkte die internationale Presse deutlich mehr Beachtung als den thematischen Diskussionen der Konferenz. Umweltaktivisten und -experten aus aller Welt beschäftigten sich in 17 Arbeitsgruppen mit konkreten Themen und erarbeiteten die Abschlusserklärung. Besonders hervorzuheben ist die starke Teilnahme von Vertretern indigener Bewegungen. Zusätzlich beriefen die beiden bedeutendsten Indigenenorganisationen Boliviens, CONAMAQ (Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu) und CIDOB (Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia), gegen den Willen von Staatspräsident Morales und des Außenministeriums eine 18. Arbeitsgruppe ein, die sich mit Umweltproblemen in Bolivien beschäftigte und sich einer regen Beteiligung erfreute. Diese Arbeitsgruppe wurde auf der offiziellen Homepage der Konferenz von Tiquipaya jedoch nicht erwähnt.

Zum Abschluss der Klimakonferenz wurde am 22. April 2010 das erarbeitete „Abkommen der Völker“ präsentiert. Die Industrieländer werden in der Erklärung von Tiquipaya als Hauptverursacher des Klimawandels ausgemacht. Daher stünden sie in der Verantwortung, die durch den Klimawandel verursachten Schäden wiedergutzumachen. Die entwickelten Länder sollten verpflichtet werden, zusätzlich zu den Mitteln für die offizielle Entwicklungshilfe eine jährliche Finanzierung von mindestens sechs Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für die Wiedergutmachung der Klimaschäden zu entrichten. Diese Finanzierung müsse direkt den am meisten betroffenen Ländern und Gruppen zugute kommen, ohne dabei deren Souveränität durch Konditionierung der Mittel zu verletzen. Weiterhin wird in der Erklärung von den nationalen Regierungen gefordert, Forstkonzessionen zu kündigen und die Förderung von Rohstoffen, vor allem Erdöl und Erdgas, in den Urwäldern einzustellen. Im Widerspruch zu dieser Forderung steht die Ablehnung der Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation, REDD), da diese die Souveränität vor allem der indigenen Völker im Umgang mit der Natur verletze. Weiterhin wird in dem Abkommen gefordert, die Allgemeine Erklärung für Menschenrechte um die „Rechte der Mutter Erde“ zu erweitern.

Außerdem soll ein Weltklima-Strafgerichtshof eingerichtet werden, der Verstöße gegen klimarelevante internationale Abkommen sanktioniert. Hauptziel soll ökologische Gerechtigkeit sein, unter anderem durch Kompensationszahlungen für angerichtete klimarelevante Schäden und Umweltzerstörungen. Die in der Abschlusserklärung formulierten Forderungen wurden auf der 16. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Cancún im Dezember 2010 eingebracht. Staatspräsident Morales forderte die Respektierung und Beachtung der Ergebnisse des Gipfels.

DIE BOLIVIANISCHE POSITION AUF DER 16. VERTRAGSSTAATENKONFERENZ DER KLIMARAHMENKONVENTION

Bolivien war auf der COP16 im Dezember 2010 der einzige der 194 teilnehmenden Staaten, der sich gegen die Beschlüsse der Konferenz stellte. Der Andenstaat bewertete die gefassten Entschlüsse als unzureichend. Die Verhandlungen wurden vom bolivianischen VN-Botschafter Pablo Solón geführt. Im Mittelpunkt der bolivianischen Forderungen standen die Anerkennung der Ergebnisse der Konferenz von Tiquipaya, die Einrichtung des internationalen Klima-Strafgerichtshofs, ein globales Referendum über den Klimawandel, die Ablehnung von REDD/REDD+

AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS AUF BOLIVIEN

Bolivien ist ein Land mit großer Biodiversität. Es beherbergt ca. 20.000 Pflanzenarten und tausende von Tierarten, von denen 250 vom Aussterben bedroht sind. 17 Prozent der Fläche des nationalen Territoriums sind Naturschutzgebiete. Außerdem ist Bolivien das Land mit der größten Fläche an nach Forest Stewardship Council-Standards zertifiziertem Tropenwald weltweit mit über zwei Millionen Hektar.

Nach einer Studie von Oxfam aus dem Jahr 2009 ist Bolivien aus verschiedenen Gründen besonders stark vom Klimawandel betroffen:

1. Es ist eines der ärmsten Länder in Lateinamerika und weist eine sehr große soziale Ungleichheit auf. Die arme Bevölkerung in Entwicklungsländern ist den negativen Auswirkungen des Klimawandels am meisten ausgesetzt.
2. Bolivien ist das Land in Lateinamerika mit dem höchsten Anteil an indigener Bevölkerung und in dieser Gruppe konzentrieren sich Armut und Chancenungleichheit.
3. Es ist eines der Länder mit der größten Biodiversität weltweit. Die hochkomplexen Ökosysteme sind besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Klimawandels.
4. Mehr als die Hälfte der Fläche des Landes ist Teil des Amazonasgebietes, wo es große Probleme durch die Rodung der Regenwälder gibt, was zu einer ständigen Zunahme der Überschwemmungen in diesen Gebieten führt.
5. Bolivien befindet sich in einer Region mit extremen klimatischen Bedingungen. Es wird zunehmend von Naturkatastrophen heimgesucht.
6. Etwa 20 Prozent der tropischen Gletscher befinden sich in Bolivien. Die Gletscher sind von einem extremen Rückgang (Gletscherschmelze) betroffen.

und die Begrenzung der Erderwärmung auf ein Grad Celsius. An den Beschlüssen von Cancún kritisierte die bolivianische Regierung vor allem das ihrer Meinung nach unzureichende Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu beschränken. Weiterhin sprach sie sich gegen die Etablierung der Grünen Klimafonds mit Hilfe der Weltbank aus, da diese von den Industrieländern kontrolliert werde und damit Grund zum Verdacht bestünde, dass die Souveränität der Entwicklungsländer nicht respektiert werde. Letztlich wurde bei der Konferenz lediglich ein Vorschlag der bolivianischen Delegation angenommen, nämlich die Berücksichtigung der indigenen Völker und ihrer Positionen bezüglich der Auswirkungen des Klimawandels.

Da Bolivien seine Blockadehaltung im Rahmen der Konferenz nicht aufgab, führte die Gipfelpräsidentin Patricia Espinosa zum Abschluss der Verhandlungen an, dass Konsens nicht zwingendermaßen Einstimmigkeit bedeute. Die Beschlüsse von Cancún wurden somit mit nur einer Gegenstimme angenommen. Espinosa wurde als Retterin des Gipfels gefeiert. Die Strategie der bolivianischen Regierung, die COP16 zu blockieren, war damit gescheitert. Der Versuch, als Entwicklungsland eine Opferrolle einzunehmen und auszuspielen, um die Klimaverhandlungen zu blockieren, wurde von vielen Seiten kritisiert. Selbst treue Verbündete wie Kuba und Ekuador kehrten Bolivien in Cancún den Rücken zu und werteten die Klimakonferenz als wichtigen Schritt einer neuen, ausgewogenen globalen Klimapolitik.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Die Bemühungen der bolivianischen Regierung, auf internationaler Ebene eine führende Rolle in der Klimadiskussion einzunehmen, stehen im scharfen Widerspruch zur nationalen Politik. Bolivien steht vor einer Reihe ernst zu nehmender Umweltprobleme, für die die Regierung bisher weder Lösungsvorschläge unterbreitet noch konkrete Maßnahmen eingeleitet hat.

Besonders schwerwiegend ist die Zerstörung der Urwälder, meist durch Brandrodung, die von Umweltorganisationen auf 400.000 bis 450.000 Hektar jährlich geschätzt wird. Offizielle Daten existieren seit 2007 nicht. Nach dem vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) von 2007 tragen die Abholzungen von Wäldern mit über 17 Prozent zu den weltweiten Treibhausgas-Emissionen und damit zum Klimawandel bei, etwa soviel wie der weltweite Transportsektor. Die Wälder werden gerodet, um Nutzflächen für den Anbau der Kokapflanze, anderer landwirtschaftlicher Produkte oder Weideland zu gewinnen. Besonders die Monokultur Koka laugt die Böden stark aus. Die

Regierung verfolgt keine gezielte Politik zur Eindämmung dieser Probleme. Priorität hat aufgrund der Versorgungsprobleme und der steigenden Preise von Grundnahrungsmitteln die Nahrungsmittelsicherheit. Staatspräsident Evo Morales führte in diesem Zusammenhang zu Beginn des Jahres 2011 an, die Anbaufläche für Nahrungsmittel müsse ausgedehnt werden, was die Zerstörung von Waldflächen und die Verkleinerung von Naturschutzgebieten zur Folge hätte.

Außerdem werden in Bolivien in hohem Maße Erdöl und Erdgas auch in Schutzgebieten gefördert, obwohl z.B. das „Abkommen der Völker“ von Tiquipaya sich explizit gegen diese Praxis ausspricht. Allerdings stellt der Erdöl- und Erdgassektor die wichtigste Einnahmequelle überhaupt für den bolivianischen Staat dar, der anscheinend nicht bereit ist, im Rahmen dieser wirtschaftlich bedeutenden Aktivität Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen. Auch der Anbau der Kokapflanze in Naturschutzgebieten hat in den letzten Jahren eklatant zugenommen. Ein effektives staatliches Programm, um dies zu vermeiden, gibt es nicht. Weiterhin werden durch den massiven Bergbau zahlreiche Flüsse und Gewässer im Land von Schwermetallen kontaminiert. In den Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Erdöl und Erdgas sowie Bergbau gibt es kaum umweltverträgliche und nachhaltige Konzepte.

Für Protest von Umweltschützern sorgte vor allem die Entscheidung der Regierung, eine Straße durch den Tipnis-Nationalpark zu bauen. Im August 2009 wurde das Infrastrukturprojekt von der bolivianischen und der brasilianischen Regierung besiegelt. Die Straße soll von Villa Tunari in Cochabamba nach San Ignacio de Moxos in Beni führen. In dem betroffenen Gebiet leben ca. 10.000 Indigene der Völker der Moxeños, Yuracarés und Chimanés in 64 Gemeinschaften. Sie lehnen das Bauvorhaben durchweg ab und führen an, es verstoße gegen die neue Verfassung, da die Regierung weder die vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt noch die indigenen Völker konsultiert habe. Brasilien übernimmt 80 Prozent der Kosten des Projekts, da der Atlantikriese einen Zugang zu den Pazifikhäfen sucht und diese Straße eine wichtige interkontinentale Verbindung darstellen würde.

Viele Experten machen die Instabilität im staatlichen Sektor für das Fehlen einer kohärenten Umweltpolitik verantwortlich. Unter Evo Morales fungiert inzwischen bereits die dritte Umweltminister/in, die als völlig fachfremd gilt. Zudem steht aktuell (April 2011) ein kompletter Personalwechsel in der Planungsabteilung der staatlichen Naturschutzbehörde bevor. Die Posten werden für politische Günstlinge benötigt.



Auf dem Chacaltaya in Bolivien befand sich einst das höchste Skigebiet der Welt. Heute ist das Eis fast vollkommen geschmolzen.

Als Meilenstein feierten soziale und indigene Bewegungen 2010 die Verabschiedung des Gesetzes der „Rechte der Mutter Erde“. Das Gesetz wurde von der bolivianischen Delegation auf der COP16 vorgestellt. Der Text wurde in einem partizipativen, ca. neun Monate währenden Prozess von der Regierung in Zusammenarbeit mit sozialen und indigenen Bewegungen entwickelt. Die Mutter Erde wird als kollektives Subjekt öffentlichen Interesses mit eigenen Rechten definiert. Als philosophische Basis liegt dem Gesetz die Kosmvision der indigenen Hochlandvölker Boliviens zugrunde. Der Mutter Erde werden unter anderem die Rechte auf Leben, Biodiversität, Wasser, saubere Luft und ein Leben ohne Verschmutzung zugesprochen. Um über die Einhaltung dieser Rechte zu wachen, soll eine Ombudsbehörde für Mutter Erde geschaffen werden. Das Gesetz ist jedoch eher eine Ansammlung von Visionen und Absichtserklärungen und gibt kaum konkrete Handlungsanleitungen, wie diese ehrgeizigen Ziele erreicht werden können. Kritiker führen an, dass den indigenen Völkern im Gesetz eine Sonderrolle zugesprochen wird, da sie im Einklang mit der Natur lebten. Die indigenen Völker werden somit mystifiziert und Umweltprobleme, die im Lebensraum indigener Völker bestehen, werden nicht thematisiert. Fachleute kritisieren, dass das Gesetz hochideologisch, nicht wissenschaftlich und technologiefeindlich sei.

Im Oktober 2010 unterschrieb Präsident Evo Morales ein Abkommen mit der iranischen Regierung, die Bolivien behilflich sein sollte, ein Atomkraftwerk zu bauen. Morales revidierte jedoch seine Position nach der Katastrophe in Fukushima und kündigte an, auf Atomenergie verzichten zu wollen. Erst bekundete er in einem Brief der japanischen Regierung sein Beileid,

doch später sorgte er in Japan für Verärgerung, als er anführte, Japan und andere Länder bereuten jetzt, nicht die bolivianische Position in Cancún unterstützt zu haben.

Das Thema Klimawandel spielte in den bolivianischen Medien und der öffentlichen Wahrnehmung bis zur Klimakonferenz von Tiquipaya eine untergeordnete Rolle. Erst durch die internationale Konferenz in der Nähe von Cochabamba und später die Rolle der bolivianischen Regierung bei der COP16 wurde verstärkt berichtet und Interesse für das Thema geweckt. Die Rolle Europas und insbesondere Deutschlands in der Klimapolitik wurde nicht explizit erwähnt. Durch das gesteigerte Interesse an Umweltthemen wird im Land immer mehr Kritik an der Politik der Regierung und am Widerspruch zwischen internationalem Gebaren und nationaler Politik laut. Im Zusammenhang mit der Klimadiskussion spielt vor allem das Thema Entwicklungspolitik für die Regierung von Evo Morales eine große Rolle. Als Entwicklungsland sieht man sich als Opfer des Klimawandels und fordert nicht konditionierte Kompensationsleistungen der Industrieländer. Dies würde dem Umweltschutz in Bolivien jedoch kaum zu Gute kommen: In den entscheidenden Bereichen der Wirtschafts- und Energiepolitik hat der Umweltschutz definitiv keine Priorität.

Bei der Beanspruchung einer Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel scheint es sich in erster Linie um bloße Rhetorik zu handeln, die politisch opportun erscheint. Konkrete Maßnahmen in der nationalen Politik zum Umwelt- und Klimaschutz gibt es kaum. Um auf internationalem Parkett glaubwürdig auftreten zu können, muss die bolivianische Regierung zuerst eine umfassende Umweltpolitik im eigenen Land implementieren.